

18/1992

Nach den Wahlen in Berlin:

Auftrag zur Erneuerung

Bei den Kommunalwahlen in Berlin (sie bildeten den Schlußstein beim Prozeß der Wiedervereinigung der Stadt) hat sich ein Prozeß weiter fortgesetzt, der bei den vergangenen Wahlen in anderen Bundesländern schon deutlich geworden ist: Die beiden großen Volksparteien sind immer weniger in der Lage, die Mehrheit der Wähler an sich zu binden. In ganz Berlin war ihr gemeinsamer Anteil erstmalig geringer als 60 Prozent.

Insoweit ist das Berliner Wahlergebnis sicher nicht ungewöhnlich. Aber darüber hinaus gibt es Besonderheiten, die großer Aufmerksamkeit bedürfen, weil sie, wenn sie nicht rechtzeitig korrigiert werden,

Von Karl-Joachim Kierey,
Generalsekretär des CDU-
Landesverbandes Berlin

zu großen Problemen für die deutsche Politik allgemein und die Volksparteien insbesondere führen werden.

Der größte Schock ist sicher das Abschneiden der in PDS umgetauften alten SED gewesen. Daß fast ein Drittel der Berliner im Ostteil der Stadt denen ihre Stimme gegeben haben, die den Schutthaufen ange richtet haben, den die demokratischen Parteien jetzt mühsam wegräumen, ist auf den ersten Blick nicht verständlich. Allerdings hat man zu berücksichtigen, daß dieser Prozentsatz relativiert werden muß, da er auch durch die geringe Wahlbeteiligung zustandegekommen ist. In den letzten zwei Jahren hat die

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Europa

Generalsekretär Peter Hintze: Internationale Offensive gegen die Aggression Serbiens überfällig. Seite 7

● Agrarpolitik

Bundeskanzler Helmut Kohl: Einkommensausgleich für die deutsche Landwirtschaft und Außenschutz konnten gesichert werden. Seite 8

● Baden-Württemberg

Landesparteitag in Oberndorf — Erwin Teufel: Zur Koalition mit der SPD gibt es keine Alternative. Seite 19

● Schleswig-Holstein

Ottfried Hennig: Die CDU muß verstärkt für Europa werben. Seite 26

Dokumentation

Bundeskanzler Helmut Kohl: In Rio de Janeiro geht es auch um unsere eigenen vitalen Interessen.

Regierungserklärung im Deutschen Bundestag am 20. Mai 1992 in Berlin. Grüner Teil

infas: Abwanderungen zu den Republikanern

Die Republikaner haben im Osten wie im Westen der Stadt ihre Wählerzahl gegenüber der Abgeordnetenhauswahl jeweils verdoppelt, in West-Berlin dabei geringfügig mehr Stimmen (96.000) erreicht als bei ihrem ersten großen Erfolg von 1989 (90.000). Ihre Zuwächse verdankt die Schönhuber-Partei neben der Mobilisierung von Nichtwählern Abwanderungen von CDU und SPD im Verhältnis von etwa

zwei zu eins. Die Union hatte bei der Einheitswahl im Dezember 1990 viele REP-Wähler von 1989 aus dem Arbeitermilieu zunächst wiedergewonnen. Viele hiervon sind nun wieder zurück nach rechtsaußen gegangen. Die SPD, zu deren Klientel diese Wählerschichten früher gehörten, hat sie nicht wieder an sich ziehen können und weitere Anhänger an die Republikaner abgeben müssen.

(Fortsetzung von Seite 1)

SED/PDS 40 000 Wähler (das sind 20 Prozent) verloren. Sie schrumpft immer mehr auf den Kernbestand derjenigen, die Nutznießer des kommunistischen Regimes waren.

Dennoch erledigt sich die Sache nicht von alleine. Wir müssen uns weiterhin und verstärkt offensiv mit dem Kommunismus auseinandersetzen. Wir müssen der Gefahr entgegenwirken, daß die radikalen Linken sich harmlos als Nostalgiker einer verträumten sozialistischen Idylle positionieren und so die Stimmen derjenigen bekommen, die sich mit den neuen Verhältnissen noch nicht zurechtfinden.

Für die CDU war das Ergebnis im Ostteil eine große Enttäuschung. Es ist nur zum Teil — wenn sicher auch — damit zu erklären, daß gegenwärtig die wirtschaftliche Talsohle erreicht ist, wir in einigen Wirtschaftszweigen wie im Bau und im Handwerk zwar schon zweistellige Zuwachsraten zu verzeichnen haben, dies aber von der Mehrheit der Menschen noch nicht persönlich erlebt wird.

Schwerer wiegt — und das geht über die Union hinaus, daß das Zusammenwach-

sen der Deutschen in den Köpfen und den Mentalitäten langsamer und in einem komplizierteren Prozeß vorangeht, als viele von uns geglaubt haben. Das krasse Auseinanderfallen der Ergebnisse im Ostteil und Westteil Berlins gerade der Union weist auf den tiefen Bewußtseinsgraben hin, der auch in anderen Bereichen in der früher geteilten Stadt sichtbar wird und der hier nur stellvertretend für alle Deutschen tagtäglich erlebt wird.

Hier liegt die eigentliche Aufgabe der CDU Deutschlands und naturgemäß insbesondere der Berliner CDU: Wir müssen in einem kontinuierlichen und äußerst sensiblen Prozeß aufeinander zugehen und die besondere Bewußtseinslage derjenigen, die ein halbes Jahrhundert lang in einer Diktatur gelebt haben, mehr verstehen lernen. Die Angst ist groß und ernstzunehmen, daß nach der Mauer aus Stein eine geistige Mauer entsteht.

Im Westteil der Stadt hat die Union auch nicht gut, aber doch viel besser als in den östlichen Bezirken abgeschnitten. Hier erlebte die SPD einen tiefen Sturz um fast 7 Prozent, so daß die CDU ihre Rolle als stärkste Partei, die sie bei der letzten Kommunalwahl verloren hatte, zurückerobern konnte.

Kommentare

Besser als befürchtet

Von einem demokratischen Standpunkt aus gesehen, verlief die erste gemeinsame Kommunalwahl in Berlin seit 1976 besser, als viele nach den spektakulären Gewinnen für die extreme Rechte bei den letzten Landtagswahlen befürchtet hatten. Die Wahl in Berlin bestätigte aber die Tendenz, weg von der großen politischen Mitte, wie wir sie schon bei den letzten deutschen Regionalwahlen beobachten konnten.

Politiken (Kopenhagen)

Aufatmen

Die demokratischen Parteien hatten vor diesen Berliner Wahlen gezittert. Wenn schon im reichen und soliden Baden-Württemberg die extreme Rechte vor ein paar Wochen die Zehn-Prozent-Marke überspringen konnte, was würde in Berlin geschehen, dem Ort, an dem alle Schwierigkeiten zwischen Ost und West aufeinanderprallen, wo die Arbeitslosigkeit höher ist, die Mietsteigerungen kräftiger, wo Banden von aus der Bahn geworfenen Jugendlichen die Sicherheit der Bürger bedrohen? Nun konnten alle aufatmen. Die extreme Rechte kam voran, aber es war kein Durchbruch. **La Repubblica (Rom)**

Davongekommen

So ist also die Hauptstadt, gemessen an den Vorhersagen und Befürchtungen der zurückliegenden Wochen, noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen: Die Republikaner, die nach ihrem Erfolg von Baden-Württemberg auch an der Spree mühelos auf ein zweistelliges Ergebnis zuzusteuern schienen, haben in Gesamt-Berlin nur geringfügig zulegen können, sind bei Zuwächsen im Westen vor allem im Ostteil weit hinter ihren eigenen hochgesteckten Erwartungen zurückgeblieben. Das darf bei diesem Urnengang, der trotz seiner regionalen Bedeutung auf sehr große überregionale Beachtung gestoßen ist, als positives Ergebnis gewertet werden. **Rheinische Post**

Ost-West-Gefälle

Interessant ist das starke Ost-West-Gefälle in der Stadt. Hier zeigt sich deutlich, daß das Zusammenwachsen der beiden Teile Berlins nicht einmal ansatzweise vorangekommen ist. So konnte die PDS in den östlichen Bezirken ihr Stimmenreservoir von bis zu 30 Prozent bewahren, während sie im Westen Splitterpartei blieb. Mit einiger Erleichterung ist festzustellen, daß den Republikanern der Einbruch im Ostteil versagt war.

Frankfurter Neue Presse

Die für Berliner Verhältnisse geringe Wahlbeteiligung (es herrschte allerdings auch „Kaiserwetter“) hat auf das Mobilisierungsproblem bei den Wählern hingewiesen, auf das wir in allen Bundesländern stoßen. Wenn wir nicht schleunigst mit aller Energie daran gehen, nicht nur über Parteireform zu reden, sondern mit der Umsetzung zu beginnen, werden wir in

noch größere Turbulenzen kommen. Ein Wort noch zu den Republikanern: Der von ihnen gewollte — und auch allgemein befürchtete — Einbruch in die Wählerschaft Berlins ist trotz großer Anstrengungen dieser Partei nicht gelungen. Die konsequente Schlußkampagne der Berliner CDU gegen den Radikalismus von rechts und von links hat offenkundig ihre Wirkung nicht verfehlt. ■

	Bezirkswahl 1 9 9 2		Bezirkswahl 89/ Stadtbezirkswahl 1990		Diff. 1992/ 89/90	Bundestag 1990 (Zweitstimmen)		Abgeordnetenhaus 1 9 9 0 (Zweitstimmen)	
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	2.523.253								
Wahlbeteiligung	1.534.998	61,2							
Gültige Stimmen	1.516.037		76,1				2.537.310	2.524.553	80,8
							2.043.894	2.040.709	
							2.012.677	2.019.198	
C D U	417.420	27,5	29,4		- 1,9	792.514	815.382	614.075	40,4
S P D	482.157	31,8	36,4		- 4,6	616.320	614.075	184.820	30,4
P D S	170.916	11,3	10,7		+ 0,6	195.613	184.820	143.080	9,2
F.D.P.	73.118	4,8	2,9		+ 1,9	183.780	143.080	100.839	7,1
GRÜNE/AL	133.610	8,8	8,1		+ 0,7	79.192	100.839	62.041	5,0
R E P	125.369	8,3	4,8		+ 3,5	49.408	62.041	87.891 ²⁾	3,1
DIE GRAUEN	16.050	1,1				66.294 ¹⁾	87.891 ²⁾	-	4,4
Bü90	68.780	4,5	4,8		- 0,3	16.882	-	-	-
Sonstige	18.979	1,3	2,9 ³⁾		+/-0,0	12.674	11.070	-	0,6
W U B	9.638	0,6				-	-	-	-

Die Mahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen in B E R L I N (West) im Vergleich zu anderen Mahlen

	Bezirkswahl 1 9 9 2		Bezirkswahl 1 9 8 9		Diff. 92/89	Bundestag 1990 (Zweitstimmen)		Abgeordnetenhaus 1 9 9 0 (Zweitstimmen)	
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	1.558.909		1.532.870			1.573.318		1.564.800	
Wahlbeteiligung	990.157	63,5	1.220.423	79,6		1.311.499	83,4	1.309.686	83,7
Gültige Stimmen	969.356		1.198.788			1.289.897		1.294.662	
C D U	339.204	35,0	426.745	35,6	- 0,6	616.959	47,8	634.592	49,0
S P D	308.050	31,8	460.376	38,4	- 6,6	390.083	30,2	381.690	29,5
P D S	8.392	0,9	-	-	+ 0,9	16.334	1,3	14.154	1,1
F.D.P.	53.850	5,6	39.902	3,3	+ 2,3	127.771	9,9	102.217	7,9
GRÜNE/AL	130.495	13,5	150.578	12,6	+ 0,9	81.924 ¹⁾	6,4	105.884 ²⁾	8,2
R E P	95.910	9,9	90.075	7,5	+ 2,4	38.333	3,0	48.074	3,7
DIE GRAUEN	10.377	1,1	-	-	+ 1,1	9.784	0,8	-	-
Sonstige	13.440	1,4	21.457	1,7	- 0,3	8.709	0,6	8.051	0,6
W U B	9.638	1,0	9.655	0,8	+ 0,2	-	-	-	-

1) einschließlich BÜ90/Gr/UFV (12.737 = 1,2 %)

2) einschließlich BÜ90/Gr/UFV (17.151 = 1,4 %)

Die Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen in **B E R L I N (Ost)** im Vergleich zu anderen Wahlen

	Bezirkswahl 1 9 9 2		Stadtbezirksver- sammlung 1990		Diff. 92/90	Bundestag 1990 (Zweitstimmen)		Abgeordnetenhaus 1 9 9 0 (Zweitstimmen)		Volkskammer 1 9 9 0	
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	964.344		969.538			963.992		959.753		979.886	
Wahlbeteiligung	553.841	57,4	684.329	70,6		732.395	76,0	731.023	76,2	889.724	90,8
Gültige Stimmen	546.681		1)			722.780		724.536		886.182	
C D U	78.216	14,3		17,4	- 3,1	175.555	24,3	180.790	25,0	161.960	18,3
S P D	174.107	31,8		32,9	- 1,1	226.237	31,3	232.385	32,1	308.833	34,9
P D S	162.524	29,7		29,9	- 0,2	179.279	24,8	170.666	23,6	267.834	30,2
F.D.P.	19.268	3,5		2,22)	+ 1,3	56.009	7,7	40.863	5,6	26.591	3,0
GRÜNE/AL	3.115	0,6		6,23)	- 5,6	10.005	1,4	12.106	1,7	23.565 ⁴⁾	2,7
R E P	29.459	5,4		-	+ 5,4	11.075	1,5	13.967	1,9	-	-
DIE GRAUEN	5.673	1,0		-	+ 1,0	7.098	1,0	-	-	-	-
BÜ90	68.780	12,6		7,1	+ 5,5	53.557 ⁵⁾	7,4	70.740 ⁶⁾	9,8	56.078	6,3
Sonstige	5.539	1,1		4,3	- 3,2	3.965	0,4	3.019	0,5	41.321	4,7

1) Ein Vergleich der absoluten Stimmen ist nicht möglich, da 1990 jeder Wähler bis zu drei Stimmen hatte, während er 1992 nur eine Stimme hat.
 2) BÜ90/REP 3) Grüne/AL/AL 4) SPD 5) CDU/GRÜNE 6) CDU/GRÜNE 7) CDU/GRÜNE/AL

Generalsekretär Peter Hintze:

Internationale Offensive gegen die Aggression Serbiens ist überfällig

Zu den Beratungen der EG und der UNO über Maßnahmen gegen die serbische Aggression in Bosnien-Herzegowina und Kroatien erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die CDU verurteilt auf das Schärfste die serbischen Versuche, sich mit militärischer Gewalt, dem Töten von Menschen und durch hunderttausendfache Vertreibung fremdes Territorium einzuverleiben. Unfaßbar ist, wenn etwa in Dubrovnik die Menschen durch die Zerstörung der Wasserversorgung in ihrer Existenz bedroht und zugleich gequält werden. Dieser Verhöhnung des internationalen Rechts kann die Völkergemeinschaft nicht tatenlos zusehen. Eine internationale Offensive gegen die militärische Aggression Serbiens in Bosnien-Herzegowina und Kroatien ist überfällig.

● **Die UNO muß umgehend einen Stufenplan für ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsembargo beschließen.**

Dazu zählen

▶ der sofortige Abbruch des Luft- und sonstigen Güterverkehrs mit Serbien und Montenegro,

▶ als zweite Stufe ein vollständiges Ölembargo und

▶ als weiteres Mittel der Abbruch der gesamten wirtschaftlichen Beziehungen.

● **Serbien und Montenegro müssen international vollständig isoliert werden.**

Dazu zählen

▶ die Ablehnung des Anspruchs Serbiens und Montenegros, automatischer

Rechtsnachfolger des alten Jugoslawien zu sein und

▶ der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Belgrad,

▶ die Anerkennung Serbiens und Montenegros als eigenständiger Staat nur nach Erfüllung der EG-Kriterien.

● **Die internationale humanitäre Hilfe muß ausgeweitet und auf mehr Schultern verteilt werden.**

Die Völkergemeinschaft steht an der Seite der Opfer des nationalistischen Terrors. Dabei hat Deutschland bisher innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die meisten Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien aufgenommen und den größten Teil der humanitären Hilfe geleistet.

Die Bereitschaft der EG, 120 Mio. DM Soforthilfe für die 1,3 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in Bosnien-Herzegowina und Kroatien bereitzustellen, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Erforderlich ist allerdings nicht nur eine gerechtere internationale Lastenteilung bei der finanziellen Hilfe, sondern auch bei der Aufnahme der Flüchtlinge aus den Kriegsregionen. Ein zweites Bari darf es nicht geben.

Personalie

Neue Pressereferentin der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung ist **Cosima Ningelgen**, bisher Mainzer Korrespondentin über rheinland-pfälzische Landespolitik.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Einkommensausgleich für die deutsche Landwirtschaft und Außenschutz konnten gesichert werden

Das bisherige System der EG-Agrarpolitik war nicht mehr funktionsfähig. Es war nicht mehr in der Lage, die Einkommenssicherung der europäischen Landwirtschaft, und dies trifft insbesondere auch für die deutsche Landwirtschaft zu, zu gewährleisten.

Große Überschüsse, die sowohl bei uns als auch außerhalb der Europäischen Gemeinschaft ein großes Ärgernis sind, dramatisch steigende Haushaltsausgaben und gravierende Handelskonflikte auf den Weltmärkten waren die Folge.

Der nun beschlossene Ansatz in der Europäischen Agrarpolitik war ohne weitgehende Preissenkungen, insbesondere für Getreide, nicht möglich. Im Ministerrat bestand eine große Mehrheit für diese Entscheidung ungeachtet der deutschen Einwände.

Die Bundesregierung hat deshalb darauf bestanden, und dies auch durchgesetzt, daß die dadurch entstehenden Einkommensverluste der Landwirte weitestgehend ausgeglichen werden und daß das System des Einkommensausgleichs politisch und finanziell im EG-Haushalt so abgesichert ist, daß die Landwirte sich darauf verlassen können.

Mit den in der Frage des Außenschutzes getroffenen Entscheidungen sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die europäische Landwirtschaft mit gezielten Maßnahmen die Überschüsse beseitigen

kann. Und es besteht nicht die Gefahr, daß diese Maßnahmen zur Überschüssebeseitigung durch Niedrigpreiseinfuhren vom Weltmarkt unterlaufen werden.

Es kommt nun darauf an, daß die Politik in Europa und auch auf nationaler Ebene so gestaltet wird, daß die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft gesichert bleibt. Die Besonderheiten der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern konnten bei den Brüsseler Entscheidungen voll berücksichtigt werden.

Die Bundesregierung wird auch in Zukunft die deutsche Landwirtschaft zur

Bundeskanzler Helmut Kohl zum Abschluß der Verhandlungen über die Reform der europäischen Agrarpolitik

Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit beim weiteren Anpassungsprozeß mit Nachdruck unterstützen.

Mit dieser Entscheidung des Ministerrates sind nach Auffassung der Bundesregierung die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen geschaffen. Sie erwartet nun auch von anderen GATT-Handelspartnern Kompromißbereitschaft, damit die GATT-Runde bald abgeschlossen werden

kann. Dies ist für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft unabdingbar.

Ich möchte an dieser Stelle Herrn Bundesminister Kiechle für seine Verhandlungsführung ausdrücklich danken. Er hat mit großem Nachdruck und persönlichem Engagement die Verhandlungen geführt und dabei die Interessen der deutschen Landwirtschaft vertreten. Er hatte dabei meine volle Unterstützung.

Das sind die Fakten:

26 Millionen Tonnen Getreide,
900.000 Tonnen Rindfleisch,
260.000 Tonnen Butter,
280.000 Tonnen Magermilchpulver
werden als unverkäufliche Überschüsse produziert.

Das waren die Kosten im letzten Jahr:

11 Milliarden Mark für den Milchmarkt,
10 Milliarden Mark für Getreide,
9 Milliarden Mark für Rindfleisch,
8 Milliarden Mark für Ölsaaten.

Trotz dieses gewaltigen Aufwands sind die Einkommen der Bauern gesunken. Der Subventionswettbewerb auf dem Weltmarkt war nicht mehr zu bezahlen. Dies hat alle zwölf Mitgliedstaaten zu einem außergewöhnlichen Kraftakt vereint.

Wichtig ist: Jetzt erhalten alle Bauern die Ausgleichsprämie; nennenswerte Einbußen werden nicht eintreten. Die bisherige Situation sieht so aus, daß die Getreidepreise von 1983/84 bis 1991 um 32 Prozent gesunken sind, ohne daß dafür auch nur ein Pfennig Ausgleich gezahlt worden wäre.

● Bei Milch, Rind- und Schaffleisch werden die Einkommen stabilisiert. Aus diesen Produkten stammen rund 42 Prozent der Erlöse der deutschen Landwirtschaft.

● Schweine, Eier und Geflügel, Zucker, Wein, Obst und Gemüse sind von der

Reform nicht betroffen. Aus diesen Produkten erzielen unsere Bauern 36 Prozent ihrer Erlöse.

● Das Getreide trägt mit 9 Prozent zum Erlös der deutschen Landwirtschaft bei. Für die Preissenkungen gibt es nicht nur die beschlossenen Ausgleichszahlungen; vielmehr dürften auch die Mehrverfütterung des billigeren Getreides sowie Extensivierung und Flächenstilllegung zur Wiederherstellung des dringend erforderlichen Marktgleichgewichts beitragen.

Das böte Raum für eine Erholung der Marktpreise, weil

- ▶ der Schwellenpreis, also der Außenschutz, ausreichend hoch genug festgelegt ist, um Billigimporte abzuwehren,
- ▶ eine EG-weite Produktionsverringering durch eine beachtliche Flächenstilllegung und durch die Extensivierungswirkung der Preisentscheidung in der ganzen Gemeinschaft stattfindet und
- ▶ wesentlich mehr Getreide verfüttert werden wird als bisher.

Nur wer Flächen stilllegt, erhält den Ausgleich für die Preisanpassung bei Getreide. Die Kleinerzeuger sind von der Pflicht zur Flächenstilllegung befreit.

Vorteile für die Allgemeinheit:

● Den ausufernden Überschüssen mit all den Ärgernissen, die von ihnen ausgehen, wird ein starker Riegel vorgeschoben.

● Extensivierung und Flächenstilllegung gegen entsprechende Prämien wirken sich ebenso umweltfreundlich aus wie die vorgesehene Aufforstung und die stärkere Förderung der nachwachsenden Rohstoffe. Ökologische Gesichtspunkte spielen auch in der Landwirtschaft eine zunehmend wichtigere Rolle. ■

Brandenburg wird zweitgrößter Bundeswehrstandort im Osten

Brandenburg soll nach den Worten von Bundesverteidigungsminister Volker Rühle nach Mecklenburg-Vorpommern zweitgrößter Bundeswehrstandort in Ostdeutschland werden. In 36 Gemeinden würden 1994 rund 25.400 Bundeswehrangehörige, 17.800 Soldaten und 7.600 Zivilbeschäftigte stationiert, erklärte Rühle. In der Vergangenheit waren in Brandenburg rund 100.000 GUS-Soldaten sowie 40.000 NVA-Militärs stationiert.

Sächsischer Hersteller von Fahrzeugheizungen privatisiert

Die Fahrzeugheizungen Kirchberg GmbH im sächsischen Kirchberg (Kreis Zwickau) ist privatisiert. Die Behr GmbH & Co. (Stuttgart) übernehme die 254 Mitarbeiter und plane für die nächsten zwei Jahre Investitionen in einer Größenordnung von vier Millionen DM, teilte die Treuhandanstalt mit. Die Fahrzeugheizungen Kirchberg GmbH war in der ehemaligen DDR alleiniger Produzent von Heizungs- und Lüftungsanlagen für Kraftfahrzeuge.

EG verstärkt Hilfen für die neuen Länder

Die neuen Länder begrüßen die Entscheidung der EG, die

Nachrichten aus den neuen Ländern

Neu-Länder voraussichtlich ab 1994 zum „Ziel-1-Gebiet“ zu erklären und damit die Strukturhilfen zu verdoppeln, sagte das Mitglied der EG-Kommission, Schmidhuber, in Dresden. Auf einer Konferenz des Europaparlaments unter Vorsitz seines Präsidenten Klepsch schilderten Politiker der neuen Länder die Probleme ihrer Regionen. Unterstützt wurden sie von Bundesarbeitsminister Blüm, der sagte, Europa habe durch die Einheit Deutschlands „16 Millionen Bürger dazugewonnen“.

Neue Buchbindereimaschinenfabrik für 50 Millionen DM in Leipzig

Die McCain-Brehmer Buchbindereimaschinen GmbH (Leipzig) will im Nordosten der Messestadt eine der modernsten Fabriken für den Bau von Buchbindereimaschinen errichten. Dafür sollen rund 50 Millionen DM investiert werden. Die GUF/GFO Beratungsbüro (Düsseldorf) als Planungsunternehmen und das Architektenbüro Amen (Düsseldorf) wollen gemeinsam mit den Bauunternehmen alle Maßnahmen bis zum Januar nächsten Jahres abschließen, um den rund 500 Mitarbeitern am neuen Standort optimale Arbeitsbedingungen zu sichern.

Readymix will in Ostdeutschland 1,3 Milliarden DM investieren

Der Baustoffkonzern Readymix AG will bis 1995 insgesamt 1,3 Milliarden DM in Ostdeutschland investieren. Mit Investitionen von 450 Millionen DM habe die Readymix Berlin GmbH (RMB) bereits die wichtigsten Standorte erworben, sagte Konzernchef Gerd Hörstenmeyer. In Ostdeutschland beschäftigt Readymix 1.660 Mitarbeiter.

Hoher Frauenanteil bei der Berufsausbildung

Der Anteil weiblicher Lehrlinge bei der Berufsausbildung in Ostdeutschland ist höher als in den alten Bundesländern: Von den 145.000 Auszubildenden in Ostdeutschland, die die dortigen Industrie- und Handelskammern Ende 1991 verzeichneten, waren 62.100 oder 43 Prozent junge Frauen. Dies ergab eine jetzt abgeschlossene Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT). In den alten Bundesländern liegt der Frauenanteil „nur“ bei 42 Prozent (= 307.700 weibliche Lehrlinge).

Mehr als 270 Firmen zur Fachmesse für Gebäudeausrüstung

Mehr als 270 in- und ausländische Firmen haben sich bisher für die vom 16. bis 19. September in Leipzig stattfindende Fachausstellung für technische Gebäudeausrüstung angemeldet. ■

Neue Bundesländer

Privatisierung keine Wunderwaffe zur Lösung der Wohnungsprobleme

Kompromißbereitschaft aller politischer Ebenen bei der Bewältigung der Altschuldenproblematik in den fünf neuen Bundesländern fordert der Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbaupolitik der CDU.

Wie dessen Vorsitzender, Werner Dörflinger, nach einer Sitzung des Ausschusses erklärte, drohe bei mangelnder Bereitschaft zur Verständigung und einem Ignorieren der seitens der Bundesregierung angebotenen Überbrückungshilfe die Gefahr, daß das vereinbarte Moratorium auslaufe, ohne daß man bei der für die weitere Entwicklung in den fünf neuen Bundesländern wichtigen Altschuldenproblematik auch nur Lösungsansätze gefunden habe.

Ebenso plädierte der Ausschuß für eine betont differenzierte Betrachtungsweise in bezug auf die Privatisierung des im gemeindlichen oder genossenschaftlichen Besitz befindlichen Wohnungsbestandes

in den fünf neuen Bundesländern. Die Privatisierung sei keine unbesehen einzusetzende Wunderwaffe zur Lösung der Probleme, sondern werde sich vermutlich langsamer vollziehen als ursprünglich geplant.

Dies gelte insbesondere deshalb, weil es vermutlich unverzichtbar sei, vor dem Ansetzen zur Privatisierung durch öffentliche Träger Dächer, Fassaden und Leitungssysteme in einen technisch einwandfreien Zustand zu bringen. Ferner gehe es auch darum, insbesondere in den in Plattenbauweise errichteten verdichteten Siedlungen das soziale Umfeld so schnell wie möglich zu verbessern.

Was die Entwicklung der Bodenpreise in den fünf neuen Bundesländern angeht, plädierte der Bundesfachausschuß dafür, preisdämpfende Einflüsse dort auszuüben, wo entweder die Treuhandanstalt oder die öffentliche Hand durch eigene Preisgestaltung die Möglichkeit dazu habe.

IBM will 1992 für 100 Millionen DM in den neuen Ländern ordern

Der Computerhersteller IBM will die Bestellungen bei Zulieferfirmen in den neuen Bundesländern ausweiten. Für 1992 plant IBM Deutschland (Sindelfingen), bei gut 125 Firmen Produkte für etwa 100 Millionen DM zu beziehen. 1991 wurden bei 97

Betrieben in den neuen Ländern Zulieferungen für etwa 50 Millionen DM geordert, sagte der Leiter der IBM-Region Ost, Peter Baumann.

Höhere EG-Hilfe für Ost-Werften

Den ostdeutschen Werften sollen nach einem Vorschlag der EG-Kommission vorübergehend erheblich höhere Produktionsbeihilfen gewährt werden dürfen als anderen

Schiffbaubetrieben in der Gemeinschaft. Zur Voraussetzung macht die Behörde allerdings, daß die Werftkapazitäten im Osten bis 1995 um 40 Prozent gesenkt werden. Die Sonderregelung soll auch nur für solche Unternehmen gelten, die bereits vor der deutschen Vereinigung bestanden. Alle Beihilfen müssen im Prinzip vor Ende 1993 ausgezahlt sein, da die geltende Siebte Schiffbau-Richtlinie der EG ausläuft.

Beharrlichkeit zahlt sich aus

Zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:

Seit Jahren fordert die Union energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität. Die wichtigste Forderung: Einsatz technischer Mittel auch in Wohnungen zur Aufklärung schwerster Straftaten. Die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes scheiterte bislang am energischen Widerstand der SPD, aber auch des Koalitionspartners FDP.

Nunmehr ist es der Union gelungen, namhafte SPD- und FDP-Politiker von der unabänderlichen Notwendigkeit dieser Gesetzesmaßnahme zu überzeugen, will man unseren Staat nicht hilflos und tatenlos den Mafia-Banden ausliefern.

Der Rechtsausschuß des Deutschen Bun-

destages hat mit den Stimmen der Union, aber auch der SPD und FDP mehrheitlich einen Entschließungsantrag angenommen, der die Grundlage bietet, das kurz vor der Verabschiedung stehende Gesetz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität um eine wichtige weitere Maßnahme zu ergänzen: nämlich um eine Bestimmung, die den Einsatz technischer Mittel auch in Wohnungen zur Aufklärung und Verfolgung Organisierter Kriminalität zuläßt. Sollte sich bei der

Änderung des Art. 13 in die Überlegungen einbeziehen

Prüfung dieser Gesetzesmaßnahme herausstellen, daß eine Änderung des Art. 13 GG nötig ist, wird auch diese Änderung in die Überlegungen einzubeziehen sein.

Bei allem Bedauern über das jahrelange Zögern können wir nun hoffen, daß CDU und CSU künftig nicht mehr die einzigen Parteien sind, die für effektive Verbrechensbekämpfung eintreten. Nur ein starker Staat hat die Kraft zum Rechtsstaat!

Psychologenverband warnt vor Freigabe von Drogen

Für eine Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten, aber gegen die Freigabe von Rauschgift hat sich der Berufsverband Deutscher Psychologen (BDP) zum 15. Bundesdrogenkongreß in Berlin ausgesprochen.

Der Forderung nach Drogenfreigabe liege eine falsche Vorstellung von Humanität und Freiheit zugrunde, hieß es. Vielmehr müsse es darum gehen, frei von Drogen ein erfülltes Leben zu führen.

Die Psychologen wandten sich dage-

gen, „die meist jugendlichen Kiffer und Fixer hinter Gitter zu bringen und damit Einflüssen auszusetzen, unter denen sie dann erst oft zu wirklichen Kriminellen werden“. Es müsse der Grundsatz „Therapie statt Strafe“ gelten.

Drogenkonsum sei die Spitze eines Trends zur „Versüchtelung der Gesellschaft“. Seelischer Hintergrund für den Griff zur Droge seien Orientierungslosigkeit, Maßlosigkeit und die Unfähigkeit, Bedürfnisse aufzuschieben.

Drogenfreigabe in Deutschland hätte verheerende Sogwirkung

Die jüngsten Vorschläge einer hessischen „Expertenkommission“ zur Freigabe weicher Drogen und zur zukünftigen Entkriminalisierung von Heroin sind abenteuerlich und zeugen einmal mehr von der völligen Realitätsferne der Sozialdemokraten bei der Drogenbekämpfung.

Die hessische Juristenkommission hat dabei übersehen, daß die Bundesrepublik Deutschland sich im Rahmen dreier internationaler Suchtstoffübereinkommen verpflichtet hat, dem Drogenmißbrauch strafrechtlich konsequent zu begegnen.

Roland Sauer, Leiter des Gesprächskreises Drogen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: 1961 sind wir dem Einheitsübereinkommen über Suchtstoffe und 1971 dem Vertrag über psychotrope Stoffe beigetreten. Beide Verträge beschränken die Nutzung dieser Mittel ausschließlich auf den medizinischen und den wissenschaftlichen Bereich.

Gerade die den stets einen deutschen Sonderweg ablehnende SPD sollte wissen, daß wir das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen unerlaubten Verkehr von Drogen unterzeichnet haben und bald ratifizieren werden.

Dort steht schwarz auf weiß in Artikel 3, Absatz 2: „Jede Vertragspartei trifft . . . die notwendigen Maßnahmen, um nach ihrem innerstaatlichen Recht den Besitz, den Kauf oder den Anbau von Suchtstoffen oder psychotropen Stoffen . . . als Straftat zu umschreiben.“

Ein isoliertes Vorpreschen Deutschlands mit dem Ziel einer Freigabe von Drogen hätte zur Folge, daß Deutschland in eine

Insellage mit verheerender Sogwirkung geriete. Die Bundesrepublik würde neben den Niederlanden zum Ziel eines europäischen Drogentourismus.

Die hessische Justizministerin sollte also erst einmal ihre Hausaufgaben machen und die internationalen Verträge studieren, ehe sie Empfehlungen für den Bundesrat ausarbeiten läßt.

Nicht das Strafrecht ist kontraproduktiv, sondern die ständigen Versuche, Drogenkonsum salonfähig zu machen und zu glauben, das Drogenproblem auf diese angenehme Art und Weise lösen zu können.

Die verharmlosend „weiche Drogen“ genannten Suchtmittel sind nicht etwa stärkere Zigaretten, wie von der hessischen Kommission suggeriert, sondern Stoffe, die zu sehr schweren Entwicklungsstörungen gerade bei Heranwachsenden führen.

Wer wie die SPD Cannabisprodukte freigeben will und über die Entkriminalisierung von Kokain und Heroin philosophiert, drückt die Hemm- und Probier-schwelle für Drogen erheblich herab.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird diesem falsch verstandenen und bequemen Liberalismus nicht nachgeben und weiterhin auf einer Drogenpolitik beharren, die auf den drei Säulen „Vorbeugung und Aufklärung“, „Therapie vor Strafe“ und „Repression gegen die Drogenhändler“ fußt.

Nur dadurch und nicht durch eine irgendwie geartete Freigabe von Drogen wird dem Grundsatz „Hilfe vor Strafe“ Rechnung getragen und den Süchtigen tatsächlich geholfen. ■

Rückschlag für den europäischen Gedanken

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bedauert das Urteil des Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Einführung von Straßenbenutzungsgebühren auch in Deutschland. Vor einer abschließenden Bewertung sind das Urteil und seine Begründung sorgfältig zu analysieren.

Dirk Fischer, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Daß der entscheidende Mangel des Gesetzes in der gleichzeitigen Absenkung der Kraftfahrzeugsteuer gelegen hat, muß Veranlassung geben, darüber nachzudenken, wie wir auch in Deutschland zu einer gerechteren Anlastung der Wegekosten kommen können.

Bundesregierung, Deutscher Bundestag und Bundesrat sind sich darüber einig, daß nun eine europäische Regelung des Wegekostenproblems unverzichtbar ist

- für eine umweltgerechtere Arbeitsteilung zwischen den Verkehrsträgern,
- für eine Angleichung der Wettbewerbsbedingungen zwischen den einzelnen Verkehrsträgern,

- für eine Angleichung der Wettbewerbsbedingungen zwischen den Güterkraftverkehrsunternehmen in der EG und

- für eine gerechte Anlastung der Wegekosten bei der Nutzung der Infrastruktur.

Es gilt diesen Weg beharrlich fortzusetzen, auch wenn mit dem heutigen Urteil zunächst einmal ein gewisser Rückschlag erlitten wurde. Die Ungerechtigkeit, die viele Deutsche empört, ruft unverändert nach Beseitigung, daß ausländische Kraftfahrzeuge das deutsche Straßensystem kostenlos benutzen, während deutsche Autofahrer im Ausland kräftig abkassiert werden.

Gerechte Lösung erforderlich

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einer europäischen Lösung stets den Vorrang gegeben vor einer nationalen Lösung. Kommission und Rat der Europäischen Gemeinschaft sind nun aufgerufen, die ungerechten nationalen Regelungen durch eine europäische Lösung der gerechten Wegekostenanlastung abzulösen.

Vollwertige Mandate für 18 deutsche Beobachter im Europäischen Parlament bleiben vorrangiges Ziel

Die Einrichtung vollwertiger Mandate für die 18 deutschen Beobachter im Europäischen Parlament bleibt ein vorrangiges Ziel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die Aufstockung auf 99 deutsche Abgeordnete im Europäischen Parlament (EP) ist dringend notwendig, vor allem um eine angemessene Vertretung der neuen Bundesländer im EP zu garantieren.

Peter Kittelmann, europapolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt darum die Empfehlung des Institutionellen Ausschusses des EP, eine neue Sitzverteilung vorzunehmen. Es bleibt zu hoffen, daß nach der Beratung der Ausschuss Empfehlung gegen Ende des Jahres endlich eine positive Entscheidung im Sinne der deutschen Vertretung fällt.

Verbesserung der Standortqualität Deutschlands

Bei der Diskussion um den Wirtschaftsstandort Deutschland ist eine Versachlichung notwendig. Die Vorteile müssen ebenso genannt werden wie die Nachteile. Als Vorteile gelten Ausbildung und Motivation der Mitarbeiter, das hohe Produktivitätsniveau, attraktive Absatzmärkte, das gute Verkehrs- und Nachrichtenübermittlungssystem sowie die hohe soziale und politische Stabilität.

Für die Verschlechterung des Standortes Deutschland sind die hohen Lohnnebenkosten, die kurzen Arbeitszeiten, die hohen ertragsunabhängigen Steuern und die hohe behördliche Regelungsdichte verantwortlich.

Die Exportnation Bundesrepublik Deutschland muß sich dem internationalen Standortwettbewerb stellen. Insbesondere im pazifischen Raum sind aus ehemaligen Entwicklungsländern zwischenzeitlich Industriestaaten mit modernen Produktionsmethoden und -verfahren entstanden, die heute das Tempo am Weltmarkt vorgeben und bestimmen. Mehrere hundert Millionen fleißige, hochmotivierte, fortschritts- und technik-

begeisterte Menschen in diesen Ländern arbeiten daran, den Lebensstandard des Westens einzuholen und zu übertreffen. Die Arbeitskosten in der verarbeitenden Industrie lagen 1991 in Deutschland bei 40,48 DM. Bei unseren Hauptkonkurrenten Japan und USA bei 29,63 DM bzw. 25,57 DM. Wir zählen damit weltweit zu einem der teuersten Produktionsstandorte. Hinzu kommt, daß ein japanischer Arbeitnehmer rund 650 Stunden, ein Amerikaner rund 340 Stunden im Jahr mehr arbeitet. Den Tarifparteien fällt daher eine zentrale Verantwortung zu, nämlich Arbeitsplätze und Investitionen im internationalen Wettbewerb zu sichern.

Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Wir brauchen moderate Lohnabschlüsse, die sich stärker am betrieblichen Leistungsvermögen und an den beschäftigungspolitischen Erfordernissen orientieren. Auch die Ertragsbesteuerung deutscher Unternehmen ist im internationalen Vergleich zu hoch. Es ist deshalb von überragender gesamtstaatlicher Bedeutung, noch vor Beginn des Europäischen Binnenmarktes die zweite Stufe der Unternehmenssteuerreform zu beschließen. Jeder Unternehmer muß bis zum Jahresende wissen, unter welchen steuerlichen Bedingungen er künftig im Binnenmarkt konkurriert und wann die Reform in Kraft tritt.

Fachgespräch im Konrad-Adenauer-Haus

„Geschichte aufarbeiten: Erfahrungen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks“ ist das Thema eines weiteren Fachgesprächs im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn. Teilnehmer des Podiums kommen aus Ungarn, der ČSFR, Polen und Bulgarien. Die Moderation der Veranstaltung hat die stellvertretende Vorsitzende der CDU, Bundesministerin Angela Merkel.

● Termin: Mittwoch, 10. Juni 1992, 19.00 Uhr

Generalsekretär Peter Hintze:

Entwicklung in der Heimat statt Asyl in der Fremde

Als die Mütter und Väter des Grundgesetzes wenige Jahre nach dem Ende von Diktatur und Weltkrieg das weltweit einmalige individuelle Grundrecht auf Asyl im Grundgesetz verankerten, konnten sie die stürmische Entwicklung im ausgehenden 20. Jahrhundert nicht vorhersehen. Nach der Barbarei des Nationalsozialismus und in einem materiell und moralisch weitgehend zerstörten Land war der Artikel 16 des Grundgesetzes eine wichtige moralische Entscheidung, die einzulösen auf Jahrzehnte hinaus keine Probleme bereitete.

Wir leben heute in einer völlig veränderten Welt. Millionen von Menschen sind auf der Flucht vor Hunger und Armut, vor politischer Unterdrückung und vor Umweltzerstörungen. Dazu kommen all die Menschen, die in der Hoffnung auf eine bessere wirtschaftliche Zukunft von Schlepperorganisationen nach Deutschland gebracht werden. Der jüngste Weltbevölkerungsbericht der Vereinten Nationen spricht von „einem neuen Zeitalter der Völkerwanderungen“.

Artikel 16 unseres Grundgesetzes ist in der Alltagsrealität längst nicht mehr nur der rettende Anker für die, die wegen politischer Verfolgung an unseren Grenzen stehen. Artikel 16 ist, so wie er heute in Anspruch genommen wird, längst zum Ventil geworden, das sich unter dem Druck einer zunehmenden Zahl von

Menschen, die sich auf Wanderschaft befinden, immer weiter öffnet.

Dieses Problem ist eines der drängendsten Probleme der deutschen Innenpolitik geworden. Der öffentliche Meinungsstreit reicht von dumpfen ausländerfeindlichen Parolen, mit denen jetzt wieder Rechtsradikale Stimmen einfangen, von dummen Biertischsprüchen über politisches Taktieren bis hin zu einer realitätsfremden Überschätzung der Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft in dieser Frage.

Wenn, wie es in unserem Grundsatzprogramm heißt, das christliche Verständnis vom Menschen für uns eine ethische

Aus der Rede des Generalsekretärs der CDU und Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises, Peter Hintze, auf dem 4. Deutschland-Forum des EAK in Frankfurt/Main am 16. Mai 1992

Grundlage für unsere Politik ist, dann kann CDU-Politik niemals eine Politik gegen Fremde sein. Als Partei mit dem „C“ im Namen stehen wir in der Pflicht, uns schützend vor Fremde zu stellen und gegen Ausländerfeindlichkeit, Diskriminierung und Gewalt anzugehen. Menschenwürde ist unteilbar. Alle Menschen,

unabhängig von Rasse und Nationalität, haben die gleiche Würde. Deshalb kann das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte nicht zur Disposition gestellt werden.

Es ist eine politische Führungsaufgabe, den Menschen in Deutschland zu erklären, daß wir auch in Zukunft mit vielen Menschen aus anderen Ländern bei uns leben werden. Als Land in der Mitte Europas mit weitgehend offenen Grenzen sind alle Vorstellungen, uns gegenüber Ausländern vollständig abschotten zu können, unrealistisch. Sie entsprechen auch nicht den Bedingungen einer zusammenrückenden Welt, die erkannt hat, daß die großen Probleme wie Hunger, Not, Umweltschäden, ob sie im brasiliani-

Menschen einer Welt

schen Regenwald sind oder aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion drohen, nur dann überwunden werden können, wenn wir uns als die Menschen der einen Welt oder — theologisch gesprochen — in der einen guten Schöpfung Gottes verstehen.

Wir wissen, daß wir nicht alle Menschen bei uns dauerhaft aufnehmen können, die kommen wollen oder die hergebracht werden. Die Integrationskraft unserer und jeder Gesellschaft, der Arbeitsmarkt und die Begrenztheit der Ressourcen lassen dies nicht zu. Wer darauf keine Rücksicht nimmt, der fördert Ausländerfeindlichkeit und soziale Konflikte, auch wenn er dies überhaupt nicht beabsichtigt. Wer einer unbegrenzten Zuwanderung das Wort redet, der erreicht damit das Gegenteil von dem, was wir erreichen müssen: daß die Menschen in Deutschland und in Europa miteinander leben und aufeinander zugehen lernen.

Die Beseitigung der Ursachen, die zu Fluchtbewegungen aus wirtschaftlichen Gründen führen, ist langfristig der eigent-

liche Schlüssel zur Lösung der Fluchtprobleme. Wenn wir die Menschheitsgeschichte betrachten und fragen, wann hat es Völkerwanderungen gegeben und warum hat es sie gegeben, dann lautet die Antwort: Die Menschen konnten dort nicht mehr leben, wo sie lebten. Der Eiserne Vorhang mit all seinen Schrecken und seiner Unterdrückung hat eine solche Bewegung in der Vergangenheit gehemmt. Ihn haben wir zum Glück überwunden. Aber jetzt kommt es darauf an, daß wir gemeinsam an einer Welt arbeiten, die auch die Probleme überwindet, die die Menschen haben, denen es wesentlich schlechter geht als uns.

„Entwicklung in der Heimat statt Asyl in der Fremde“: Das ist die einzig befriedigende Antwort auf diese Herausforderung. Allerdings, und das sage ich an unsere europäischen Nachbarn, das sage ich im Blick auf die Vereinigten Staaten, und das sage ich auch den wirtschaftlich starken Staaten in Asien: Hier geht es um Dimensionen, die in bilateralen Kooperationen nicht mehr zu bewältigen sind. Das können wir nicht alleine schaffen.

Hier sind alle entwickelten industrialisierten Staaten in der Pflicht. Hier müssen wir schnell eine Verantwortungsgemeinschaft herstellen in Europa, mit den

Lasten fair verteilen

Amerikanern und mit den Japanern, weil die Friedensfrage im ausgehenden 20. Jahrhundert ist, ob wir das Weltarmutproblem bewältigen.

Dort, wo bereits ein breites internationales Zusammenwirken zustande gekommen ist, muß dringend geprüft werden, ob die Lasten fair verteilt worden sind. Von den zwischen September 1990 und Januar 1992 geflossenen Hilfen an die Nachfolgestaaten der Sowjetunion kamen 75 Prozent aus der EG und davon

Kommunale Pressearbeit

**10. bis 12. Juli 1992 in Schloß Eichholz, 5047 Wesseling
Veranstaltung Nr. 206**

Programm:

● Freitag, den 10. Juli 1992

bis 17.30 Uhr: Anreise

18.45 bis 21.00 Uhr: Politik und Presse. Über die Zusammenarbeit mit Lokalredakteuren
Einführende Referate und Diskussion

● Samstag, den 11. Juli 1992

9.00 bis 12.30: Praktische Übungen I
Zeitungen brauchen aktuelle Nachrichten. Wie eine druckreife Pressemitteilung aussehen sollte

14.00 bis 16.00 Uhr: Fortsetzung der Praktischen Übungen I und Auswertung

16.30 bis 18.00 Uhr:

Praktische Übungen II

Mensch ärgere Dich nicht! Wie der Leser seine Zeitung wirksam mitgestalten kann

18.45 bis 21.00 Uhr: Fortsetzung der Praktischen Übungen II und Auswertung

● Sonntag, den 12. Juli 1992

9.00 bis 12.30 Uhr:

Praktische Übungen III

Einmal wöchentlich sind wir dabei! Erarbeitung einer Strategie für eine langfristig erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Presse

Weitere Informationen/
Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Institut für Politische Bildung**

Schloß Eichholz

Postfach 1331

W-5047 Wesseling

Telefon (0 22 36) 70 72 32

alleine 57 Prozent aus Deutschland. Die USA waren mit 6,1 Prozent und Japan mit 3,4 Prozent beteiligt.

Das sind Zahlen, die sich ändern müssen.

Die Weltverantwortung kann nicht alleine von Deutschland, sie kann auch nicht alleine von Europa getragen werden, sondern all die, die das wirtschaftlich können, müssen ihren Beitrag leisten, und zwar nicht nur aus einer großen moralischen Verantwortung für die Welt, sondern auch aus dem Denken heraus, daß Sicherheit und Frieden nur möglich sind, wenn alle, die dazu die Kraft haben, sich daran beteiligen.

Notwendig sind nicht nur finanzielle Mittel. Es kommt auch darauf an, daß wir die wirtschaftliche Kraft intelligent und

gerecht einsetzen. Es kommt darauf an, daß wir den Welthandel fair gestalten — Stichwort GATT; es kommt darauf an, daß wir für die Länder, die jetzt für die Umwelt in der Welt eine große Verantwortung haben, ich denke etwa an Brasilien und den Regenwald, nicht nur moralische Appelle übrig haben.

Diese Länder brauchen im Welthandel eine faire Chance für ihre Produkte; sie brauchen eine Möglichkeit, in der weltweiten Marktwirtschaft mitzuhalten, indem wir ihnen Hilfe zur eigenen Entwicklung geben. Wir müssen aber auch die dringend notwendige Ergänzung unseres Grundgesetzes erreichen, um der Asylproblematik mit europäischen Antworten begegnen zu können.

Landesparteitag in Oberndorf

Erwin Teufel: Zur Koalition mit der SPD gibt es keine Alternative

„Der Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg stimmt einer Koalition zwischen CDU und SPD auf der Grundlage der vorliegenden Koalitionsvereinbarungen für die nächste Legislaturperiode zu.“

Diesem Antrag des Landesvorstandes an den 33. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg, der am 23. Mai in Oberndorf am Neckar tagte, stimmten in geheimer Abstimmung 290 der 389 stimmberechtigten Delegierten zu. 85 Delegierte stimmten mit Nein.

Der Abstimmung ging eine mehrstündige intensive Aussprache voraus, die sich mit 38 Wortmeldungen der Rede des Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Erwin Teufel, über das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen anschloß.

Die Bürger müssen spüren, daß die Botschaft der Landtagswahl am 5. April von der CDU verstanden worden ist. Dieser Satz am Ende seiner Rede war Angelpunkt der Argumentation und fest eingeschlagener Pflock, von dem sich Diskussionsbeiträge der Delegierten wohl entfernen, denen sie aber nicht entkommen konnten.

Auch wenn es schwer fällt, so der Ministerpräsident, muß die CDU die Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger ohne Wenn und Aber akzeptieren und versuchen, daraus das Beste für Baden-Württemberg zu machen.

Deshalb kommen Neuwahlen, allerletzter Ausweg aus einer hoffnungslos verfahrenen Notsituation, nicht in Frage. Deshalb

kommen auch Gespräche mit den Republikanern nicht in Frage.

Erwin Teufel: „Ich sage hier ganz deutlich, mit einer nationalistischen, europafeindlichen und ausländerfeindlichen Partei, die politische Konzepte durch demagogischen Populismus ersetzt, gibt es für die CDU keine politischen Gemeinsamkeiten.“

Regieren mit der FDP ist schon rechnerisch nicht möglich. Und bei den Sondierungen mit den GRÜNEN stand die CDU einem Katalog von Forderungen gegenüber, die ohne Ausnahme Bedingungen der GRÜNEN ohne Verhandlungsspielraum waren:

- Ausstieg aus der Kernenergie
- grundsätzlich keine Müllverbrennung
- Moratorium beim Straßenbau
- kein sechsspuriger Ausbau von Autobahnen
- keine Flughafenerweiterung
- keine Verfassungsänderung, um dem Mißbrauch des Asylrechts zu begegnen
- dafür aber Erhöhung der Mineralölsteuer
- ambulante Abtreibungseinrichtungen
- eine neue Drogenpolitik und
- Volksabstimmungen zur Verwirklichung direkter Demokratie.

Mit fast demselben Forderungskatalog kam zwar auch die SPD in die Verhandlungen. Davon blieb aber am Ende kein Punkt, der den Grundsatzpositionen der

CDU nicht entsprochen hätte: ein Verhandlungserfolg des Ministerpräsidenten, der großen Beifall fand, den niemand schmälerte.

Die eindeutige „Handschrift der CDU“ in den Koalitionsvereinbarungen war es vielmehr, die dem SPD-Parteitag die Zustimmung schwer machte, der zur selben Zeit nur wenige Kilometer von Oberndorf entfernt in Balingen tagte.

Erwin Teufel traf die Stimmung: Die Begeisterung über eine Koalition mit der SPD hält sich in unserer Partei wahrlich in Grenzen. Deshalb auch: Was wir mit der SPD vorhaben, ist keine Liebesheirat, auch keine Ehe auf Zeit, sondern ein Bündnis auf Zeit zur Lösung von Sachfragen, eine „Koalition der Vernunft“, die nur dann Erfolg haben und Anerkennung finden wird, wenn sie die Zukunft unseres Landes entschlossen gestaltet.

Den Kritikern an der Ressortaufteilung zwischen CDU und SPD und an den sich daraus ergebenden Berufungen und Entlassungen von politischen Staatssekretären und Ministern gab Erwin Teufel zu bedenken: Wie hätte er es denn richtig machen sollen, wenn es nach den Meinungsäußerungen aus der Partei alle Ministerien sind, auf die „auf keinen Fall“ verzichtet werden darf? Wie könne man fünf Ressorts abgeben, ohne ein wichtiges dabei zu verlieren?

„Streitkultur“ bewiesen

Die Delegierten des Parteitages hielten es keineswegs so, wie es gleich der erste Diskussionsredner ihnen vorwarf, nämlich beim Streit die Fenster zuzumachen, damit die Nachbarn ihn nicht hören.

Da wurde unverblümt Unmut geäußert: die Koalition solle wohl „als etwas Fertiges nur abgesegnet“ werden; die Selbstverleugnung sei zu weit gegangen; Maximalforderung der SPD, auch wenn sie bisher ausgeblieben seien, werden noch

kommen, „daß uns die Ohren schlackern“; im Kabinett gebe es nicht genug „neue Köpfe“; Profilverlust in der Familienpolitik; Verlust der sozialen Kompetenz.

Claus Jäger äußerte die Befürchtung, daß die Republikaner die Koalitionsabsprache, Abstimmungen mit wechselnden Mehrheiten nicht zuzulassen, dazu mißbrauchen werden, „die CDU mit ihren ureigenen Anträgen vorzuführen“. Und immer wieder kam die Diskussion auf die Verteilung der Ressorts zurück: Die CDU muß die unbequeme Arbeit leisten, die SPD hat die „Gestaltungs“-Ministerien, die Erfolg versprechen.

Keine „Alternative“

Der Beifall signalisierte es schon früh: Die kritischen Stimmen sind nicht die Mehrheit. Das Schlüsselwort, das als Rückfrage an sie von den Befürwortern der Koalitionsvereinbarungen gerichtet wird, ist „Alternative“: Welche gibt es denn zu der angestrebten Koalition? „Wir können es doch nicht etwa verantworten, daß Baden-Württemberg in eine Staatskrise treibt.“

Einer stellt fest: Viele von uns haben seit zwei Tagen erst gemerkt, daß wir die Wahlen verloren haben. Oder: Wir haben das Ergebnis vom 5. April noch nicht verkraftet. Und: Wir erleben jetzt, wie weh es tut, die Macht zu teilen.

Dank an Erwin Teufel wird geäußert, der Verhandlungskommission sogar ein hervorragendes Ergebnis zugesprochen. „Deshalb werden wir Vertrauen zurückgewinnen“, selbst wenn es eine Koalition ist, die die Probleme löst.

Gerhard Mayer-Vorfelder gibt den Ausschlag: Das Zusammengehen mit der SPD falle auch ihm nicht leicht. Aber Schwarz-Grün hätte er nicht überlebt. Und zu dem in

Kommentare

Gute Voraussetzungen

Der unübersehbare Vorteil einer so großen Koalition ist, daß sie ein breiteres Kreuz und daher zunächst einmal bessere Voraussetzungen hat als jede andere, besonders schwere Lasten zu schultern. Vom Sparen bis zur Standortfindung für Sondermüllöfen gibt es da reichlich Bewährungschancen. CDU und SPD in Baden-Württemberg bestünden sie um so besser, je mehr sie begreifen: An sich selbst denken dürfen Parteien: Selbstzweck sind sie nicht.

Frankfurter Rundschau

Auf Sachzwänge gebaut

Überraschend kam die Zustimmung zur Koalition eigentlich nicht. Erstaunlich war allenfalls das Ausmaß der Akzeptanz, das sich die Delegierten der Sonderparteilage von CDU und SPD am

Ende abgerungen haben: 76 Prozent Zustimmung bei der CDU, 62 Prozent bei der SPD. Es hätte auch ganz anders ausgehen können. Schließlich darf nicht einfach erwartet werden, daß zwei dermaßen unterschiedliche Parteien, die sich zwanzig Jahre lang als politische Gegner bekämpft haben, sich innerhalb weniger Wochen nach der Wahl zu trauter Gemeinsamkeit vereinen. Nein, eine Liebesheirat ist diese Koalition nicht, und sie soll es auch nicht sein. Koalitionen sind Zweckbündnisse auf Zeit, aus der Not geboren, aus Vernunft akzeptiert, auf Sachzwänge gebaut. Freilich stellt gerade eine Große Koalition einen Sonderfall dar, der die Ausnahme bleiben muß. Aber den erzwingt das Ergebnis der baden-württembergischen Landtagswahl vom 5. April, auch wenn dieses Regierungsbündnis bestimmt nicht Wähler-Wille war. Was aber wäre die Alternative gewesen?

Stuttgarter Zeitung

Zukunft von der SPD gestellten Innenminister: Birzele habe auch ihn – sogar zynisch – vorgeführt.
„Wenn wir aber die Koalition eingehen, können wir keine Personalbedingungen stellen, das würden wir uns umgekehrt ja auch verbitten.“

Hans Filbinger ruft zu Geschlossenheit hinter Erwin Teufel auf. Die Diskussion sei notwendig und gut. Auch wenn auf Ministerien verzichtet werden müsse, „unsere Kompetenz, unsere Grundsätze haben wir nicht abgegeben“.

Genau so der Fraktionsvorsitzende Günther Oettinger: „Wir haben uns nicht verbogen.“ Die SPD dagegen werde sich noch wundern, was sie unterschrieben hat. Sie mußte durch ein Nadelöhr. Eine

jeden Delegierten zufrieden stellende Kabinettsliste wäre die Quadratur des Kreises gewesen. Wolfgang Schäuble bekräftigt: Die Bevölkerung interessiert es herzlich wenig, wer welchen Posten hat. Respekt aber davor, was Erwin Teufel an Vereinbarungen in der Sache mit der SPD erreicht habe.

Lang anhaltender Beifall schließlich für den Ministerpräsidenten, der detailliert auf die Kritik noch einmal eingeht und den Delegierten erklärt: Er stelle sich der Verantwortung, wenn und so lange er deren Vertrauen habe.

Erwin Teufel: Nehmen wir uns zu allererst der Sorgen unserer Bürgerinnen und Bürger an. Dann werden sich „automatisch“ auch unsere Chancen wieder bessern. ■

Volker Kauder zur Parteiarbeit:

Aus einer offenen Diskussion soll ein neuer Anfang werden

Wir haben jetzt in Baden-Württemberg eine große Koalition für die kommende Legislaturperiode. Diese Koalition steht unter einem großen Erfolgsdruck. Diese Koalition ist uns nicht leicht gefallen. Die vorliegende Koalitionsvereinbarung ist ein anspruchsvolles Programm, das wir als Partei voll mittragen können. Wir werden als Partei unseren Beitrag leisten, daß aus dem Papier erfolgreiche Politik wird.

Wir müssen uns aber auch intensiv und selbstkritisch mit dem Zustand unserer Landespartei befassen: Da wir in den letzten 20 Jahren nach Landtagswahlen allein regiert haben, haben wir die Tatsache verdrängt, daß wir ab 1976 von Landtagswahl zu Landtagswahl immer Prozentpunkte verloren haben. Die Regierung wurde von der CDU gestellt und damit wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Auf die Landespartei kommen jetzt neue große Herausforderungen zu:

● Aufgabe der CDU Baden-Württemberg ist es, die Arbeit der Koalitionsregierung und der Landtagsfraktion politisch zu begleiten und die Politik dem Bürger zu erklären und dafür zu werben.

● In jeder Koalition besteht die Gefahr, daß das politische Profil der CDU unscharf, daß es abgeschliffen wird. Hier ist die Partei herausgefordert, die Positionen der CDU jenseits von Koalitionskompromissen klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen.

● Neben politisch-inhaltlichen Fragen ist aber auch eine vertiefte Diskussion in

allen Gliederungen der Partei über Fragen der Parteiorganisation und Parteiarbeit erforderlich. Wir müssen uns erneuern. Wir müssen attraktiver werden. Es muß interessant sein, bei uns mitzumachen. Parteimitgliedschaft muß Mitwirkung bedeuten.

Dazu ist eine radikale Überprüfung traditioneller Formen der Parteiorganisation und der Parteiarbeit erforderlich.

1. Wir brauchen einen neuen Stil politischer Auseinandersetzung. Nicht Konfrontation um der Konfrontation willen. Vielmehr Klarheit in der Sache und Entschiedenheit in den eigenen Positionen.

2. Es muß wieder stärker ins Bewußtsein kommen, daß politische Ämter und

**Aus der Rede des
Generalsekretärs Volker Kauder
„Die CDU in der Bewährungs-
probe“, Einführung in den Antrag
des Landesvorstands zur Partei-
arbeit, auf dem Landesparteitag
in Oberndorf**

Mandate in Partei und Staat Ämter auf Zeit sind. Versorgungsdenken muß zurückgestellt werden. Politiker müssen sich eher das Risikodenken eines Unternehmers verinnerlichen als das Sicherheitsdenken eines Beamten.

3. Partei und Politik müssen alles vermeiden, was danach aussieht, sie würden

Denkzettel-Mentalität gefährdet die Demokratie als Staatsform

Politiker stehen im Kreuzfeuer der Kritik. Das ist ein Wesensmerkmal der Politik und der Demokratie. Wer Macht ausübt, muß sich ein hohes Maß an Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gefallen lassen. Das wissen die Politiker, wenn sie in die Politik gehen oder wenn sie ein Regierungsamt übernehmen. Allerdings haben sie ein Recht auf faire Kritik: Wer Kritik an politischen Entscheidungen übt, sollte nicht den Blick für die Realität und das politisch Machbare verlieren.

Die Gesetzgebung der Parlamente beispielsweise muß den Grundsätzen der Demokratie entsprechen; eine demokratisch-pluralistische Entscheidung sollte immer das Resultat aus konkurrierenden Meinungen darstellen. Denn der Gesetzesbeschluß verpflichtet alle Staatsbürger, sich an dieses Gesetz zu halten. Die Medien kommentieren und interpretieren politische Entscheidungen, beurteilen und verteilen Noten an die verantwortlichen Politiker. Tiefschläge werden versetzt, die oftmals Gefühle und Würde verletzen.

Die bundesdeutsche Gesellschaft hat sich daran gewöhnt, daß Politiker von Medien je nach Bedarf hochgelobt oder in den Dreck gezogen werden. Nicht nur die Parlamentsstars, auch die anderen Politiker sind einer Berichterstattung ausgesetzt, die eine notwendige Differenzierung vermissen läßt. Dabei werden Schwächen und Fehler von Personen in den Vordergrund gestellt, die mit der eigentlichen politischen Sache, um die es geht, nichts zu tun haben. Politik wird nicht nur von einzelnen gemacht, sondern

ist auch immer Ausdruck eines Konsenses verschiedener Fraktionen, die wie in Bonn eine Koalition bilden.

Logische Konsequenz eines solchen Trommelfeuers: Alle Parteien leiden unter Nachwuchssorgen, und es ist zu befürchten, daß immer weniger Menschen den Weg in die Politik finden. Man kehrt der Politik den Rücken oder steigt erst gar nicht in die Politik ein und geht in Berufe, in denen man nicht ständig Anfeindungen ausgesetzt ist. Das Ergebnis dieser Entwicklung wird sein, daß in den Parlamenten nur noch wenige gesellschaftliche Gruppen präsent sind und

**Von Otto Hauser,
Vorsitzender der Landes-
gruppe Baden-Württemberg
der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion**

daß einseitige und somit qualitativ schlechtere Politik gemacht wird.

Werden gerade einmal nicht einzelne Politiker „in die Pfanne gehauen“, dann richtet sich der Unmut gegen „die Politik“. Dabei wird nicht genügend berücksichtigt, daß hinter „der Politik“ Menschen stehen, die eine Meinung haben und über Verstand verfügen, die den Anspruch auf Redlichkeit haben wie jeder andere Bürger auch. Wer sich für den Beruf des Politikers entscheidet, übernimmt eine besondere Verantwortung, legt aber kein Gelübde ab.

39 Mitglieder hat die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deut-

schon Bundestag. Nahezu alle von ihnen sind direkt gewählte Abgeordnete. Sie sind in ihren Wahlkreisen angesehen und respektiert. Alle vier Jahre müssen sie sich erneut der Wahlentscheidung des Volkes stellen, das dann die Leistung und Person des Politikers beurteilt. Vergegenwärtigt man sich die Wahlergebnisse, so sind diese mehr Ausdruck des Vertrauens als des Mißtrauens. Wer von denen, die über „die Politiker“ reden und schreiben, würde sich denn alle vier Jahre einer solchen Überprüfung durch das Volk stellen?

Ich räume ein, daß unsere Demokratie darunter leidet, daß Entscheidungen zu lange dauern. Die Zeit des Taktierens ist wirklich vorbei. Es darf nicht länger an Mut fehlen, die Dinge beim Namen zu nennen und in der eigenen Partei umstrittene Entscheidungen zu vertreten. Selbstverständlich hat jede getroffene Entscheidung

gen sein wird und somit noch seltener klare Positionen beziehen kann.

Ich stelle mich in dieser Situation vor alle, die trotz vieler Anfeindungen und ständig wachsenden Ansprüchen die Verantwortung für unsere Demokratie übernehmen. Meine Bitte an alle, die mit „der

Gerechte Maßstäbe

Politik“ und „den Politikern“ zu tun haben, ist: Legen Sie nicht bei anderen Maßstäbe an, die Sie selber nicht erfüllen könnten. „Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.“ Wer die Politik an diesem Kriterium mißt, erkennt den Sinn der Demokratie, die davon lebt, daß möglichst viele Menschen sich mit dem Staat identifizieren und an der politischen Willensbildung mitwirken.

Wer sich von der Politik abwendet, darf sich nicht beschweren, daß über seinen Kopf hinweg Politik gemacht wird. Politikverdrossenheit heute wird sich in naher Zukunft auf uns alle auswirken: Man stelle sich vor, wir hätten eine Demokratie und keiner macht mit.

Demokratischer Konsens

Am Ende immer Befürworter und Gegner. Der schwer zu findende demokratische Konsens und die geteilte Reaktion des Wahlvolkes auf die Entscheidungen der Parlamente darf jedoch nicht zu einer Infragestellung der Demokratie an sich führen.

Mit einer Denkkittel-Mentalität verkümmert die Freiheit des Wählers zu einer Straffraktion gegen die Demokratie als Staatsform. Im Fall Baden-Württembergs ist zwar die Rechnung derjenigen aufgegangen, die es der CDU und auch der SPD einmal zeigen wollten, das eigentliche Ziel dieser Wähler, nämlich die Lösung einiger wichtiger politischer Sachfragen, wurde dadurch nur noch schwerer. Das Fehlen einer eindeutigen Mehrheit im Landtag führt zu einer Koalition, die zu Kompromissen gezwun-

Personalien

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 20. Mai 1992 den CDU-Bundestagsabgeordneten **Thomas Kossendey** zum stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Verteidigung (Obmann) gewählt.

Die CDU-Bundestagsabgeordnete **Hedda Meseke** wurde als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung sowie des Ausschusses für Wahlprüfung nominiert.

Ottfried Hennig: Die CDU muß verstärkt für Europa werben

Das Einhalten des Kurses der Erneuerung kündigte der Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende im schleswig-holsteinischen Landtag, Ottfried Hennig, bei der ersten Sitzung des Landesausschusses der CDU Schleswig-Holstein nach der Landtagswahl vom 5. April an.

In Anwesenheit von Generalsekretär Peter Hintze diskutierten am 23. Mai in Bordesholm die Delegierten die Folgerungen, die aus dem Wahlergebnis für Schleswig-Holstein zu ziehen sind. Den minimalen prozentualen Gewinnen der CDU stehe zwar ein Verlust von fast neun Prozent bei der SPD gegenüber, dieser ist nicht der CDU, sondern insbesondere den kleineren Parteien zugute gekommen.

Der Landesausschuß war sich mit seinem Landesvorsitzenden Ottfried Hennig einig: Die Wähler der rechtsextremen DVU haben gegen das Unvermögen der großen Parteien protestiert, bestimmte Probleme zu lösen.

Hinzu komme ein Gefühl der Unsicherheit bei vielen Menschen. Die Einheit Deutschlands, der Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks, die Einigung Europas mit ihren Folgen seien Ereignisse, die in ihrem ganzen Ausmaß für die Menschen noch nicht zu überblicken seien.

Die Parteien seien dazu aufgerufen, erklärte Ottfried Hennig, die Ursachen des Protestwahlverhaltens zu beseitigen, indem die Probleme gelöst werden, die vom massenhaften Mißbrauch des Asylrechts über die Wohnungsbaupolitik bis zur Konsolidierung der Lage in den jungen Bundesländern reichten.

Dabei müsse die CDU insbesondere für die Einigung Europas verstärkt werben. „Ich halte es für bedrückend“, sagte Hennig, „wenn ausgerechnet jetzt, wo der Traum vom vereinten Europa Wirklichkeit werden kann, die Zustimmung zu Europa in der Bevölkerung auf ein Rekordtief sinkt.“

Über die bundespolitischen Probleme hinaus müsse die Landespartei selbst sich in Teilbereichen neu organisieren und ein noch attraktiveres Erscheinungsbild entwickeln. Schon jetzt müsse die Partei an die Kommunalwahl im Frühjahr 1994 denken, bei der sie wieder stärkste politische Kraft in den Kreisen, Städten und Gemeinden werden wolle.

Daran werde die Landtagsfraktion, die zur Hälfte aus neuen Mitgliedern besteht, kräftig mitarbeiten.

Für ein klares Profil

Für ein klares Profil der CDU sprach sich Generalsekretär Peter Hintze bei seinem ersten Besuch in Schleswig-Holstein aus. Die CDU habe bewiesen, daß sie in schwierigen Zeiten die einzige Kraft war, die in der Lage war, Probleme zu lösen. Dies habe sich in dem großen Aufbauprozeß nach dem Krieg gezeigt, und dies zeige sich im Prozeß der deutschen Einigung ebenso wie im europäischen Einigungsprozeß.

Die Union habe das überzeugende Konzept für Problemlösungen, die oft an der Verweigerungshaltung der SPD scheiterten. Niemand könne ein Patentrezept für eine schnelle Genesung der großen Parteien vorlegen. Zukunft gebe es aber nur für eine Partei, die interessant sei und ein klares Profil habe.

Wieder lieferbar!

Rechtzeitig zur Sommerzeit ist die CDU-Tischdecke wieder verfügbar. 50 m Tischdecke, das sind 50 m² CDU-Werbung anlässlich Ihrer CDU-Veranstaltung, einer Grillparty oder einer durch Ihren CDU-Verband unterstützten Fremdveranstaltung.

Und was ist mit dem Umweltschutz? Auch daran haben wir gedacht! Die jetzt lieferbare neue Tischdecke ist noch umweltfreundlicher und zudem preiswerter als bisher, denn die neue CDU-Tischdecke besteht ausschließlich aus chlorfrei recycelten Zellstoffen, und das zu dem sagenhaft günstigen Preis von 25,- DM je 50 m-Rolle.

Größe: 50 m × 100 cm

Bestell-Nr.: 9059

Preis je Rolle: 25,- DM

Bestellungen an:

IS Versandzentrum

Postfach 1328

4804 Versmold · Fax (05423) 4 15 21

Fensterschwamm



Das ist der neue unentbehrliche Helfer für Haushalt und Auto. Beschlagene Scheiben oder Spiegel kein Problem! Mit dem neuen Fensterschwamm erhalten Sie sofort wieder freie Sicht. Verschmierte Autoscheiben im Gegenlicht? Mit dem neuen Fensterschwamm ist die Gefahr im Nu streifenfrei gebannt.

Bestell-Nr.: 9488

Verpackungseinheit: 10 Exemplare

Preis je Einheit: 29,- DM

CDU im Dialog

„Bundeswehr im Wandel“ ist das Thema einer Veranstaltung im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn, zu der der Beauftragte der CDU für die Bundeswehr, Paul Breuer, einlädt.

Nach einem Grußwort von Generalsekretär Peter Hintze spricht Bundesverteidigungsminister Volker Rühle zum Thema „Armee im Umbruch — auf

dem Weg zur Bundeswehr der Zukunft“.

In vier Arbeitskreisen werden am Nachmittag die wichtigsten Aspekte diskutiert und im Ergebnis zusammengefaßt.

● **Termin: Donnerstag, 4. Juni 1992, 10.00 Uhr.**

Anmeldung und organisatorische Rückfragen bitte an:

Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Tel. (0228) 16 21 33

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Mit dieser großen Universaltasche ...

... können Sie nicht nur Einkaufen gehen, auch im Schwimmbad oder beim Picknick bietet sich der Einsatz dieser Tasche an. Reißfestes Nylongewebe, eine zusätzliche Reißverschlusstasche an der Außenseite sowie die Supergröße von 53 x 40 cm sind die hervorstechenden Merkmale dieser Tasche.

● Bestell-Nr.: 9442

Verpackungseinheit: 5 Exemplare

Preis je Einheit: 40,— DM

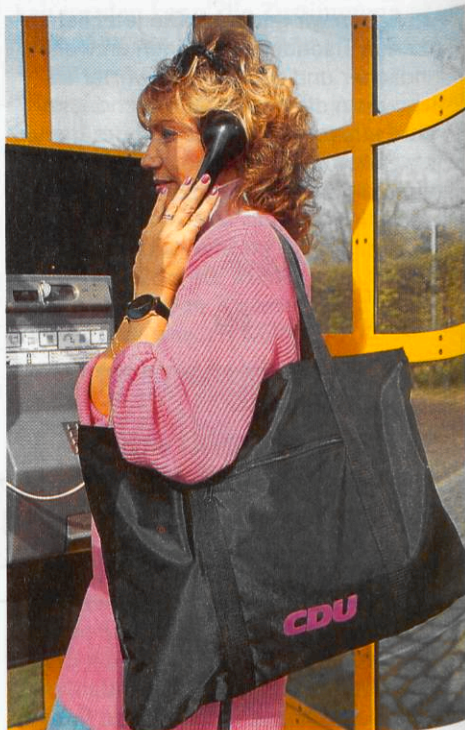
zuzüglich Mehrwertsteuer inklusive
Versand.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28 · 4804 Versmold

Fax: (05423) 4 15 21



UID

18/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119.
Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** v.a. Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.